

Stadt Landshut



Nr. 400

27.09.16

Stadtratsfraktion

SPD-Fraktion, Altstadt 315, 84028 Landshut

An den
Stadtrat der Stadt Landshut
Rathaus
Altstadt 315

84028 Landshut

Fraktionsbüro
Rathaus, Zi.-Nr.: 226/227
84028 Landshut
Telefon 0871/88-1423
Telefax 0871/88-1787
Fraktion.Spd@landshut.de

Landshut, den 21.07.2016

Dringlichkeitsantrag: Bildungskoordinatoren für die Stadt Landshut

Die Stadt Landshut bewirbt sich um die Finanzierung von kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren, um so eine bessere und effizientere Integration zu ermöglichen.

Begründung:

Wie schon im Antrag vom 23.02.2016 ausgeführt, stellt die Zuwanderung nach Deutschland die Kommunen im gesamten Bundesgebiet vor erhebliche Herausforderungen. Viele Aufgaben wurden herausragend durch viele ehrenamtliche und engagierte Bürgerinnen und Bürger erbracht. Nun stehen wir vor der überwältigenden Aufgabe, die zugewanderten Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Bildung kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Mit der neuen Förderrichtlinie des BMBF können sich alle Kreise und kreisfreien Städte um die Finanzierung von bis zu drei kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren bewerben. Diese entlasten die Beteiligten vor Ort, indem sie übergreifend die Bildungsangebote für Neuzugewanderte und die relevanten Akteure in der Kommune koordinieren. Nach den neuerlichen Vorkommnissen in der Siemensstraße wie auch in der LZ vom 12.07.2016 (s. Anlage) berichtet, wird sich die Lage in den Flüchtlingsunterkünften nicht verbessern. Da es in Landshut an geeignetem Wohnraum mangelt, leben die Flüchtlinge viel länger als nötig in Gemeinschaftsunterkünften, was immer wieder zu Spannungen führen kann.

Die beteiligten Organisationen und ehrenamtlichen Helfer sind mehr und mehr überfordert. Für die Integration in unsere Gesellschaft benötigen wir hier vor Ort dringend Unterstützung. Bildungskoordinatoren erarbeiten ein Konzept zur effizienteren Nutzung der vorhandenen Angebote vor Ort. Dies entlastet die Beteiligten enorm.

R. Gewies

Robert Gewies

Dietmar Franke Maria Haucke

Dietmar Franke

Maria Haucke

Anja König

Anja König

G. Steinberger

Gerd Steinberger

Der Lagerkoller droht

Perspektivlosigkeit ist das große Problem in der Flüchtlingsunterkunft an der Siemensstraße

Von Christina Werner

„Die Flüchtlingsunterkunft an der Siemensstraße war eigentlich als Notunterkunft geplant. Mittlerweile leben dort jedoch viele anerkannte Flüchtlinge in einer Situation, die nicht mehr tragbar ist“, sagte Christina Meindl. Die Vorsitzende des Hauses international stellte deshalb vor Kurzem beim Migrationsbeirat den Antrag, das Thema „Notunterkunft an der Siemensstraße“ auf die Tagesordnung der jüngsten Sitzung zu setzen. Auf die Frage, ob es für die Menschen dort eine Perspektive oder einen Hoffnungsschimmer gebe, antwortete Thomas Link, Leiter der Stabsstelle Flüchtlingskoordination.

„Ich glaube, dass wir uns alle einig sind, wenn ich sage, dass das Haus an der Siemensstraße momentan keine Notunterkunft, sondern nur eine schlechte Gemeinschaftsunterkunft mit externer Verpflegung ist“, sagte Link. Nach vielen Wochen auf engem Raum sei klar, dass die Stimmung langsam kippe. „Uns vor Ort ist mehr als bewusst, wie sehr sich die Leute in den Unterkünften zusammenreißen.“ Link bekomme immer wieder die Meldung, dass sich die Anzeichen des sogenannten „Lagerkollers“ mehren würden. Die Situation werde sich aber noch verschlimmern, prophezeite der Leiter der Flüchtlingskoordination: „Das beschleunigte Asylverfahren wird in den nächsten Wochen für noch mehr Frust sorgen, weil dadurch einzelnen Flüchtlingen demnächst das Geld gesperrt wird – nur weil sie aus dem falschen Land kommen.“

Eine echte Perspektive kann der Leiter der Stabsstelle Flüchtlingskoordination „ehrlicherweise momentan nicht bieten“. Der angespannte Wohnungsmarkt in Landshut sorgte dafür, dass für die 76 anerkannten Flüchtlinge, die immer noch in den Flüchtlingsunterkünften wohnen, einfach keine Wohnung in Aussicht gestellt werden kann. Die Warteliste für den sozialen Wohnungsmarkt sei lang, erklärte



Die Notunterkunft an der Siemensstraße ist laut Link zur „schlechten Gemeinschaftsunterkunft mit externer Verpflegung“ geworden. Foto: LZ-Archiv

Link bei der Sitzung des Migrationsbeirats. Rund 400 Sozialbedürftige suchen nach einer Wohnung. „In dieser Zahl ist aber noch kein einziger Flüchtling enthalten“, sagte Link. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung habe Link erst vor Kurzem versucht, ein Konzept zu erarbeiten, wie vorrangig Familien aus den Flüchtlingsunterkünften ausziehen könnten. Das Fazit: „Der Weisheit letzter Schluss ist uns noch nicht eingefallen, aber wir haben Weichen gestellt, um in absehbarer Zeit die Leute aus den Notunterkünften rauszubringen.“

Hürde für Flüchtlinge bei Wohnungssuche senken

Zu den konkreten Plänen wollte sich Link noch nicht äußern. Es gehe aber unter anderem darum, für Flüchtlinge die Hürden bei der Anmietung eines Objekts zu senken. Ein mögliches Modell wäre, dass die Stadt langfristig Wohnungen für Flüchtlinge anmietet und diese dann untervermietet, sodass die Mieter mit der Stadt einen zuverlässigen Ansprechpartner hätten. „Uns ist wichtig, dass wir keine dezentralen Unterkünfte schaffen, sondern wirklich Familien verteilt im Stadtgebiet in das normale Leben ein-

gliedern“, sagte Link. Dass die Stadt auf lange Sicht Grundstücke ankaufen muss, um Sozialwohnungen zu schaffen, ist für den Leiter der Stabsstelle Flüchtlingskoordination unumgänglich.

Welche Flüchtlinge ziehen in die ehemalige JVA ein?

Was noch nicht geklärt ist: Wer in die Räume der ehemaligen JVA an der Wittstraße einziehen wird. Unklar sei, ob die Flüchtlinge aus den Notunterkünften der Stadt einziehen dürfen. „Die Regierung von Niederbayern ist angehalten, die dezentralen Unterkünfte im Landkreis zu schließen und die Leute in Gemeinschaftsunterkünften zusammenzufassen. Heißt das, dass die Flüchtlinge dann im Stadtgebiet in der alten JVA untergebracht werden?“, fragte Link, der selbst schon bei der Regierung nachgefragt hat, aber bisher über keine Entscheidung informiert wurde. Auch auf LZ-Anfrage hieß es von Seiten der Regierung von Niederbayern, dass diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geklärt ist.

Annelies Huber, Geschäftsführerin des Hauses international, machte deutlich, dass auch sie eine Umschichtung der Flüchtlinge nicht befürwortete: „Die Asylbewerber, die

der Stadt zugewiesen wurden, müssen in Landshut untergebracht werden. Die Flüchtlinge aus dem Landkreis sollten aber nicht auch noch der Stadt zugeteilt werden.“ Huber brachte die Idee ins Gespräch, mehr Flüchtlinge in Privatunterkünften unterzubringen. Vor allem in Norddeutschland sei es schon gang und gäbe, dass leerstehende Räume in Privathäusern an Flüchtlinge untervermietet werden. „Wir unterstützen jeden, der Privatunterkünfte für Flüchtlinge zu Verfügung stellt. Man muss aber auch das Thema Versicherung im Hinterkopf haben. Viele wollen helfen, aber nur, solange es zu keinem Schaden am Eigentum kommt“, sagte Link. Diese Sicherheit könne die Stadt Landshut derzeit noch nicht geben. Das könnte sich aber bald ändern: Wie Link bei der Sitzung des Migrationsbeirats bekannt gab, stehe er gerade mit drei Versicherungen in Kontakt, die sehr bezahlbare Versicherungsmodelle für anerkannte Flüchtlinge anbieten würden. „Damit wären die Flüchtlinge im Schadensfall komplett abgesichert und die Mieter müssten sich keine Sorgen mehr machen, dass sie auf möglichen Schäden am Ende sitzen bleiben“, sagte Link.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer konnte Link am Ende der Sitzung aber doch noch geben: „Wir haben noch ein Haus in der Hinterhand, das die Stadt derzeit nicht so umbauen darf, wie es eigentlich sinnvoll wäre“, sagte Link. Würde die Bundesregierung demnächst eine Änderung beim Baugesetzbuch beschließen, so könnten dort langfristig Wohnungen für Flüchtlinge geschaffen werden. „Damit hätten wir schlagartig für viele Flüchtlinge die gewünschte Perspektive“, sagte Link. Um welches Haus es sich dabei handelt und wie viele Wohnungen dann geschaffen werden können, wollte Link auf LZ-Anfrage noch nicht sagen: „Ich will niemandem Hoffnungen machen, die sich am Ende dann vielleicht zerschlagen. Wir warten einfach auf die Entscheidung der Bundesregierung. Dann sehen wir weiter.“